

BERLIN
Mittwoch
20. Juli
1932

Redaktion u. Expedition:
Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Tel. A7 Dönhoff 299-297

Erscheint täglich außer Sonntags
zugleich Abendausgabe des „Vorwärts“. Bezugspreis
für beide Ausgaben 75 Pf. pro Woche, 2,25 M. pro
Monat (davon 87 Pf. monatlich für Zustellung ins Haus)
im voraus zahlbar. Postbezug 2,97 M. einschließlich
40 Pf. Poststellungs- und 72 Pf. Postbeförderungsgebühren.

Der Vorwärts

10 Pf.

Nr. 336

B 164

49. Jahrgang

Spätausgabe des „Vorwärts“

Anzeigenpreis:
Die 1½ Hl. Milli-
meterzeile 30 Pf.
Die Reklamzeile
kostet 3 Mark.
Rebette n. Tarif.



Belagerungszustand über Berlin

Papen setzt Preußenregierung ab Militärkommandant herrscht über Berlin

Der Reichskanzler von Papen empfing heute vor-
mittag 10 Uhr die preussischen Minister Hirtsfelder,
Sebering und Klepper. Im Verlaufe der Unter-
redung teilte der Reichskanzler mit, daß sich die
Reichsregierung entschlossen habe, den Reichskanzler
selbst als Reichskommissar für Preußen
und den Oberbürgermeister von Essen Bracht zu
seinem Stellvertreter — d. h. zum kommissarischen
preussischen Innenminister — und Leiter der Staats-
kanzlei zu ernennen und zwar auf Grund des Ar-
tikels 48 Abs. 2 der Reichsverfassung.

In der Unterredung mit dem Reichskanzler hat
sich der preussische Innenminister Sebering ge-
weigert, die Verordnung des Reichspräsidenten an-
zuerkennen und erklärt,

er weiche nur der Gewalt.

Der Reichspräsident hat darauf eine zweite Ver-
ordnung erlassen, wonach über Berlin und Branden-
burg der militärische Ausnahmezustand erklärt wird.
Die vollziehende Gewalt ist daher für Berlin und
Brandenburg auf den Befehlshaber des
Wehrkreises III, General Rundstedt, über-
gegangen. Ihm untersteht auch die Berliner und
Brandenburger Polizei.

Der Wortlaut der Verordnung.

Verordnung des Reichspräsidenten betreffend die Wieder-
herstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiete des
Landes Preußen vom 20. Juli 1932.

Auf Grund des Artikels 48 Absatz 1 und 2 der Reichsverfassung
verordne ich zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und
Ordnung im Gebiete des Landes Preußen folgendes:

§ 1. Für die Geltungsdauer dieser Verordnung wird der
Reichskanzler zum Reichskommissar für das Land
Preußen bestellt. Er ist in dieser Eigenschaft ermächtigt, die
Mitglieder des preussischen Staatsministeriums ihres Amtes zu ent-
heben. Er ist ferner ermächtigt, selbst die Dienstgeschäfte
des preussischen Ministerpräsidenten zu übernehmen und andere
Personen als Kommissare des Reiches mit der Führung
der preussischen Ministerien zu betrauen.

Dem Reichskanzler stehen alle Befugnisse des preussischen
Ministerpräsidenten, den von ihm mit der Führung der preussischen
Ministerien betrauten Personen innerhalb ihres Geschäftsbereiches
alle Befugnisse der preussischen Staatsminister zu. Der Reichskanzler
und die von ihm mit der Führung der preussischen Ministerien
betrauten Personen üben die Befugnisse des preussischen Staats-
ministeriums aus.

§ 2. Diese Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung
in Kraft.

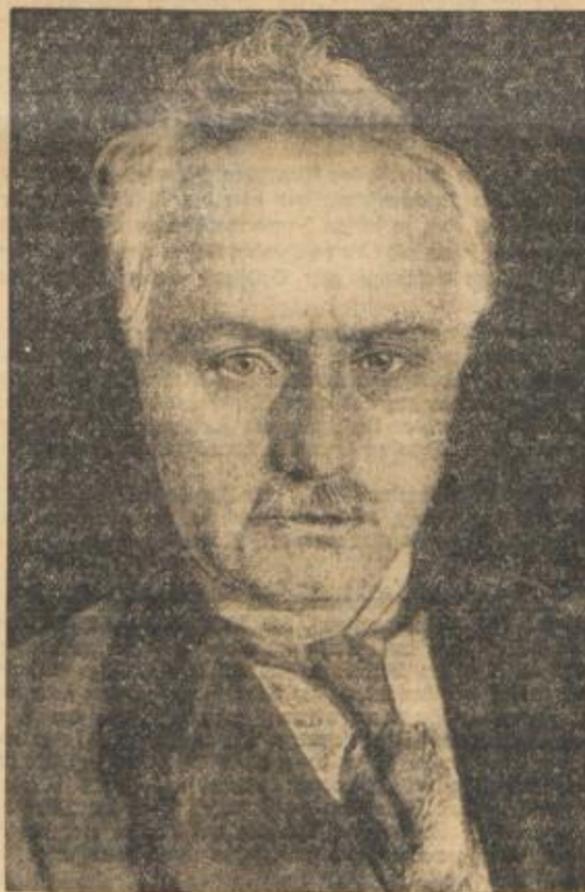
Kaude und Berlin, den 20. Juli 1932.

ges. von Papen

ges. von Hindenburg.

Ein Offizier, ein Mann.

Gegen 12½ Uhr erschien im Preussischen Staats-
ministerium Wilhelmstr. 63 ein Reichswehroffizier
in Begleitung von einem Reichswehrmann.



Unser Carl Severing

Jetzt erst recht: Freiheit! Fahnen heraus!

Grzesinski abgesetzt

Nachfolger: Polizeipräsident Melchior von Essen.

Wie wir erfahren, hat der Berliner Polizei-
präsident Grzesinski seinen Posten an den Es-
sener Polizeipräsidenten Melchior ab-
getreten.

Preußens Protest Staatsgerichtshof wird angerufen

Die preussische Staatsregierung nimmt einstim-
mig zu den preussischen Vorgängen wie folgt Stellung:
Die Einsetzung des Reichskommissars für Preu-
ßen, dem die gesamte vollziehende Gewalt übertragen
wird, widerspricht nach Ansicht der preussischen
Staatsregierung der Reichsverfassung:

I.

1. weil kein Anlaß zu einer solchen Maßnahme
vorliegt.

2. weil die Einsetzung keine „nötige Maßnahme
zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit
und Ordnung“ ist.

3. weil die Einsetzung vielmehr andere Zwecke
verfolgt.

Die Preussische Staatsregierung wird daher
sofort den Staatsgerichtshof anrufen und bis zu
dessen Entscheidung den Erlaß einer einstweiligen
Verfügung beantragen.

II.

Soweit auf Grund des Art. 48 der Reichsver-
fassung unmittelbar oder mittelbar durch einen
Reichskommissar in Art. 17 der Reichsverfassung ein-
gegriffen wird, so z. B. durch Absetzung von Ministern
oder Ernennung neuer Minister, oder in Art. 63 der
Reichsverfassung, wonach die Länder im Reichsrat
durch Mitglieder ihrer Regierungen vertreten wer-
den, wird die preussische Staatsregierung einen
solchen Eingriff als ungültig und nicht vor-
handen ansehen.

Severings Rechtsverwahrung. Schärfste Proteste Severings und Hirtsfelders bei Papen.

Der Reichskanzler von Papen hat die preussischen
Minister Hirtsfelder, Sebering und Klepper zu einer Be-
sprechung ohne Tagesordnung geladen. Die genannten
Minister haben am 20. Juli 1932 dieser Einladung Folge
geleistet.

Zu Beginn der Besprechung hat der Reichskanzler gesagt: die
Reichsregierung beachte die Lage in Preußen seit längerer Zeit auf-
merksam und sei zu der Ueberzeugung gekommen, daß die Ruhe,
Sicherheit und Ordnung in Preußen nicht mehr
gewährleistet sei. Der Reichspräsident habe daher der Reichs-
regierung außerordentliche Vollmachten gegeben und auf Grund
dieser Vollmachten aus Art. 48 Absatz 1 und 2 hat der Reichskanzler
den preussischen Ministerpräsidenten Dr. Braun und
den preussischen Minister des Innern Sebering heute
ihres Amtes entsetzt.

Preussischer Ministerpräsident sei durch die Verordnung des Herrn
Reichspräsidenten der Herr Reichskanzler von Papen, der Herr

Dr. Bracht zu seinem Bevollmächtigten und preußischen Minister des Innern ernannt habe.

Auf diese Mitteilung erklärte der preußische Minister des Innern, daß er diese Verordnung nicht als verfassungs- und rechtmäßig anerkennen könne.

er bestreite, daß Preußen, die ihm nach der Verfassung und nach den Gegebenheiten obliegenden Pflichten nicht erfüllt habe. Er bestreite ferner entschieden, daß in Preußen die öffentliche Sicherheit und Ordnung stärker gestört sei als in irgendeinem anderen deutschen Lande. Dies träte um so mehr nicht zu, wenn man bedenke, daß in Preußen die größten Gefahrenzonen und Gefahrengebiete lägen.

Er erkläre daher, daß er von seinem Platte nur der Gewalt weichen würde. Diese Tage schreiben Weltgeschichte und ein republikanischer Minister würde nicht mit dem Makel der Defektion aus seinem Amte scheiden.

Auf diese Weigerung hin habe der Reichskanzler von Papen versucht, eine gütliche Verabredung zu konstruieren, worauf Severing erklärte, eine Verabredung könne nur zwischen gleichberechtigten Partnern zustande kommen. Von einem solchen Verhältnis der Gleichberechtigung könne hier aber nicht die Rede sein, denn die Reichsregierung habe die preußische Regierung zum Appell befohlen und vor vollendete Tatsachen gestellt. Der Herr Reichskanzler irre, wenn er glaube, daß seine, Severings Weigerung verfolge, um das Gesicht zu wahren, persönliche Momente spielten hier keine Rolle.

hier handele es sich um einen Akt vaterländischer Pflichterfüllung gegenüber Preußen und Deutschland.

Ein Minister, der acht Jahre in der politischen Praxis stand, der sich auf die Beamten seines Ressorts verlassen könne, würde den Erfordernissen der heutigen schwierigen Zeit nicht besser gerecht werden können, als ein neuer Mann, der sich er in die Verhältnisse Papen und Bracht einarbeiten müsse. Nur diese Motive sei für ihn maßgebend und nicht irgendwelche persönlichen Prestigegegründe.

Minister Hirtfelder schloß sich diesen Erklärungen voll an. Die ganze Art des Vorgehens sei so ungewöhnlich, daß sie in der Geschichte ohne Beispiel dastände.

Ohne der preußischen Staatsregierung eine Mitteilung davon zu machen, daß bei der Reichsregierung die Ansicht bestünde, daß die Voraussetzungen des Artikel 48 Abs. 1 und 2 vorlägen, sei über den Kopf der preußischen Staatsregierung verhandelt worden, ja, es seien sogar andere Beteiligte und Unbeteiligte früher in Kenntnis gesetzt als die preußische Staatsregierung. Das sei so ungewöhnlich, daß er nicht verstehen könne, wie die Reichsregierung, besonders auch der Herr Reichsminister des Innern von Gahl, der acht Jahre im Reichsrat die Interessen und Rechte der Länder vertreten habe, zu einem solchen Vorgehen seine Zustimmung geben könne.

Er, Hirtfelder, protestiere energisch gegen dieses unerhörte Vorgehen und behalte sich weitere Mitteilungen vor, so wie die Staatsregierung Gelegenheit gehabt habe, zu diesem Vorgehen Stellung zu nehmen.

Der Reichskanzler betonte noch, daß ihm daran läge, die Frage der Geschäftsübernahme auf gütlichem Wege zu regeln. Zu dieser Art der Erledigung dränge ihn besonders die persönliche Hochachtung, die er vor dem preußischen Minister des Innern Severing empfände. Es seien aber Gründe der Staatsraison, die ihn zu seinem Vorgehen zwingen.

Minister Severing wies sofort darauf hin, daß also nicht Gründe der Verfassung oder der Gesetze, sondern allein die Staatsraison, wie Herr von Papen sie auffasse, dieses gesetzwidrige Vorgehen der Reichsregierung veranlassen.

Auch Weiß und Heimannsberg.

Wie wir weiter erfahren, sind außer dem Polizeipräsidenten Grzesinski auch Vizepräsident Dr. Weiß und der Kommandeur der Berliner Schutzpolizei Oberst Heimannsberg zurückgetreten. An Stelle von Oberst Heimannsberg ist Oberst Poten zum Kommandeur ernannt worden. Für den Polizeivizepräsidenten ist noch kein Nachfolger bestimmt.

Bayern protestiert.

Heute bayerischer Ministerrat.

München, 20. Juli. (Eigenbericht.)

Das Vorgehen der Papen-Schleicher-Regierung gegen Preußen hat in bayerischen Regierungskreisen wie eine Bombe eingeschlagen. Der bayerische Ministerrat wird noch im Laufe des heutigen Tages zu der ungeheuren Verschärfung der staatspolitischen Situation Stellung nehmen, denn man steht auf dem Standpunkt, daß durch die Gewaltmaßnahmen der Reichsregierung die Existenz aller deutschen Länder und die Grundlage des Reiches auf das allerschärfste bedroht sind.

Nach Mitteilung von zuständiger Seite erblickt die bayerische Regierung in diesem Vorgehen eine ganz unmögliche Anwendung des Artikels 48 der Reichsverfassung! Gegen diesen revolutionären Schritt, der vollkommene Abhängigkeit von Sisser dokumentiere, werde sich Bayern mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln und mit den alleräußersten Mitteln zur Wehr setzen.

Unsere Antwort: 31. Juli!

Run erst recht! — Jeder tut seine Pflicht!

Die Vorgänge von heute morgen sind ungeheuerlich und stehen in der Verfassungsgeschichte der deutschen Republik ohne Beispiel da. Sie sind die Konsequenz der Entwicklung, die mit der Einsetzung des Kabinetts Schleicher-Papen begonnen hat.

Gegen diese Vorgänge und gegen das Vorgehen der Reichsregierung, das eine Protesterklärung der preußischen Staatsregierung für nicht mit der Verfassung vereinbar erklärt, werden zwei Instanzen angerufen werden.

Die eine Instanz ist

der Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich.

Die preußische Staatsregierung fordert von ihm eine einstweilige Verfügung gegen das Vorgehen der Reichsregierung. Geht es nach Recht und Gerechtigkeit, so muß sich der Staatsgerichtshof auf den Standpunkt der preußischen Regierung stellen und muß mit ihr gemeinsam zu dem Schlusse kommen, daß das Vorgehen der Reichsregierung im Lande Preußen in der Reichsverfassung keine Stütze findet!

Die höhere Instanz aber, die zum Urteil über diese ungeheuerlichen Vorgänge berufen ist,

ist das Volk!

Es ist berufen, am 31. Juli sein Urteil abzugeben. Wir rufen das Volk auf, an diesem Tage, der entscheidend sein wird für die fernere Entwicklung in Deutschland, ohne jede Zersplitterung, ohne jede Ablenkung unter Einsatz seiner ganzen Kraft und seines Willens zur Behauptung der Freiheit sich einzusetzen bei der Reichstagswahl.

Wir rufen das ganze Volk auf, am 31. Juli sein Urteil über diese ungeheuerlichen Vorgänge zu sprechen und dieses Urteil so überwältigend wie möglich zu gestalten.

Run erst recht! Wir rufen auf, die Propaganda durch Presse und Versammlungen zu vervielfachen, so weit unter den gegenwärtigen Umständen in Preußen diese Propaganda nicht mehr möglich sein wird, so muß durch unermüdete Propaganda von Mund zu Mund das Urteil des Volkes gefestigt werden.

Jeder einzelne hat die Pflicht, dafür zu sorgen, daß die Wahrheit ins Volk dringt. Jeder einzelne muß seine Stimme erheben für Gerechtigkeit und Freiheit, jeder einzelne muß dafür Sorge tragen, daß das Volk am 31. Juli weiß, wie es zu entscheiden hat.

Jetzt gilt es, unsere Anstrengungen zu vervielfachen! Die Freiheit ist bedroht, nun erst recht: Freiheit!

Der Belagerungszustand

Verordnung des Reichspräsidenten

Auf Grund des Artikels 48 Absatz 2 der Reichsverfassung verordne ich zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in Groß-Berlin und Provinz Brandenburg folgendes:

§ 1.

Die Artikel 114, 115, 117, 118, 123, 124 und 153 der Verfassung des Deutschen Reiches werden bis auf weiteres außer Kraft gesetzt. Es sind daher Beschränkungen der persönlichen Freiheit, des Rechts der freien Meinungsäußerung einschließlich der Pressefreiheit, des Vereins- und Versammlungsrechtes, Eingriffe in das Brief-, Post-, Telegraphen- und Fernsprecheinmischungs-, Anordnungen von Hausdurchsuchungen und von Beschlagnahmungen sowie Beschränkungen des Eigentums auch außerhalb der sonst hierfür bestimmten gesetzlichen Grenzen zulässig.

§ 2.

Mit der Bekanntmachung dieser Verordnung geht die vollziehende Gewalt auf den Reichswehrminister über, der sie auf Militärbefehlshaber übertragen kann.

Zur Durchführung der zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit erforderlichen Maßnahmen wird dem Inhaber der vollziehenden Gewalt die gesamte Schutzpolizei des bezeichneten Gebiets unmittelbar unterstellt.

Wer den im Interesse der öffentlichen Sicherheit erlassenen Anordnungen des Reichswehrministers oder des Militärbefehlshabers zuwiderhandelt oder zu solchen Zuwiderhandlungen auffordert oder anreizt, wird, sofern nicht die bestehenden Gesetze eine höhere Strafe bestimmen, mit Gefängnis oder Geldstrafe bis zu 15 000 Mark bestraft.

Wer durch Zuwiderhandlung nach Absatz 1 eine gemeine Gefahr für Menschenleben herbeiführt, wird mit Zuchthaus, bei mildernden Umständen mit Gefängnis nicht unter sechs Monaten und, wenn die Zuwiderhandlungen den Tod eines Menschen verursachen, mit dem Tode, bei mildernden Umständen mit Zuchthaus nicht unter zwei Jahren bestraft. Daneben kann auf Vermögensentziehung erkannt werden.

Wer zu einer gemeinen Gefahr oder Zuwiderhandlung (Absatz 2) auffordert oder anreizt, wird mit Zuchthaus, bei mildernden Umständen mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft.

§ 4.

Die in den §§ 81 (Hochverrat), 302 (Brandstiftung), 311 (Explosion), 312 (Heberichswemmungen), 315 Absatz 2 (Beschädigung von Eisenbahnanlagen) des Strafgesetzbuches mit lebenslänglichem Zuchthaus bestrafte Verbrechen sind mit dem Tode zu bestrafen, wenn sie nach der Verkündung der Verordnung begangen sind, unter der gleichen Voraussetzung kann im Falle des § 92 (Landesverrat) des Strafgesetzbuches auf Todesstrafe erkannt werden; ebenso in den Fällen des § 125 Absatz 2 (Rädelstörer und Gewalttätigkeiten bei Zusammenrottungen) und § 115 Absatz 2 (Rädelstörer und Widerstand bei Aufruhr), wenn der Täter den Widerstand, die Gewalt oder Drohung mit Waffen oder ein bewußtes oder gewolltes Zusammentreffen mit Bewaffneten begangen hat.

§ 5.

Auf Ansuchen des Inhabers der vollziehenden Gewalt sind durch den Reichsminister der Justiz

außerordentliche Gerichte

zu bilden.

Zur Zuständigkeit dieser Gerichte gehören außerdem im § 9 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. März 1921 (Reichsgesetzblatt S. 371) aufgeführte Straftaten, auch die Vergehen und Verbrechen nach § 3 der vorliegenden Verordnung.

§ 6.

Diese Verordnung tritt mit der Verkündung in Kraft.

Reuda und Berlin, den 20. Juli 1932.

Der Reichspräsident: gez. v. Hindenburg.

Der Reichskanzler: gez. von Papen.

Der Reichsminister des Innern: gez. Freiherr von Gahl.

Der Reichswehrminister: gez. von Schleicher.

Schleicher und Rundstedt.

Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 20. Juli 1932 übertrage ich die vollziehende Gewalt für den Bezirk Groß-Berlin und Provinz Brandenburg auf den Befehlshaber im Wehrkreis 3, Generalleutnant von Rundstedt, gez. Schleicher.

Eine unmögliche „Begründung“

Die amtliche Mitteilung.

Ämtlich wird mitgeteilt:

Durch die Verordnung des Reichspräsidenten vom 20. Juli 1932 ist der Reichskanzler zum Kommissar für Preußen bestellt worden. In dieser Eigenschaft hat er auf Grund der ihm erteilten Vollmachten den Ministerpräsidenten Braun und den Minister des Innern Severing ihrer Ämter entbunden. Die Befugnisse und Aufgaben des preußischen Ministerpräsidenten sind auf den Reichskanzler als Reichskommissar übergegangen.

Die Selbständigkeit des Landes Preußen im Rahmen der Reichsverfassung wird nicht angetastet. Die Reichsregierung

Achtung!

Heute, 20 Uhr, in allen Kreisen Kreisvorstandssitzungen mit den Abteilungsleitern in den bekannten Lokalen.

ermartet vielmehr, daß alsbald eine Beendigung des auf Grund der Notverordnung geschaffenen Zustandes eintreten wird.

Die blutigen von kommunistischer Seite hervorgerufenen Unruhen haben die Reichsregierung vor die schwere Aufgabe gestellt, von sich aus für Ruhe und Sicherheit im größten Teile Deutschlands zu sorgen. In den übrigen deutschen Ländern, in denen die Polizeibehörden straff geleitet werden, besteht keine Befürchtung, daß kommunistische Unruhen Erfolg erzielen. Die Reichsregierung beharrt lebhaft, daß diese Voraussetzungen für Preußen nicht in dem notwendigen Umfange zutreffen, abgesehen die örtlichen Polizeiorgane durch Einsatz von Person und Leben der Beamten sich bemüht haben, der offenbar von langer Hand vorbereiteten Unruhen Herr zu werden.

In Preußen hat die Reichsregierung die Beobachtung machen müssen, daß Planmäßigkeit und Zielbewußtheit der Führung gegen die kommunistische Bewegung fehlen. Es ist kein Zweifel, daß gerade in Preußen die kommunistische Kampforganisation am stärksten und erfolgreichsten aufgetreten ist und an den verschiedensten Orten ernste und blutige Unruhen hervorgerufen hat.

Es besteht der begründete

Verdacht, daß hohe preußische Dienststellen in Berlin und an anderen wichtigen Punkten nicht mehr die innere Unabhängigkeit besitzen, die zur Erfüllung ihrer Aufgabe notwendig ist.

Dadurch ist in weiten Kreisen der Behörden, der Exekutivbeamten sowie der Bevölkerung die staatliche Autorität erschüttert. Verstärkt ist dieser Eindruck in der Öffentlichkeit durch die ungezügelten scharfen Angriffe des preußischen Ministers des Innern und anderer hoher Beamter gegen die Reichsregierung.

Die notwendige vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Reichsregierung und Landesregierung ist durch dieses Auftreten unmöglich gemacht worden. Unter diesen unerträglichen Umständen ist die vorübergehende Zusammenfassung der Machtmittel des Reichs und Preußens in der Hand des Reichskanzlers als Reichskommissar für Preußen der einzige Weg zur raschen Befriedung des größten deutschen Landes.

Es besteht der begründete

Verdacht, daß hohe preußische Dienststellen in Berlin und an anderen wichtigen Punkten nicht mehr die innere Unabhängigkeit besitzen, die zur Erfüllung ihrer Aufgabe notwendig ist.

Dadurch ist in weiten Kreisen der Behörden, der Exekutivbeamten sowie der Bevölkerung die staatliche Autorität erschüttert. Verstärkt ist dieser Eindruck in der Öffentlichkeit durch die ungezügelten scharfen Angriffe des preußischen Ministers des Innern und anderer hoher Beamter gegen die Reichsregierung.

Die notwendige vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Reichsregierung und Landesregierung ist durch dieses Auftreten unmöglich gemacht worden. Unter diesen unerträglichen Umständen ist die vorübergehende Zusammenfassung der Machtmittel des Reichs und Preußens in der Hand des Reichskanzlers als Reichskommissar für Preußen der einzige Weg zur raschen Befriedung des größten deutschen Landes.

Es besteht der begründete

Verdacht, daß hohe preußische Dienststellen in Berlin und an anderen wichtigen Punkten nicht mehr die innere Unabhängigkeit besitzen, die zur Erfüllung ihrer Aufgabe notwendig ist.

Dadurch ist in weiten Kreisen der Behörden, der Exekutivbeamten sowie der Bevölkerung die staatliche Autorität erschüttert. Verstärkt ist dieser Eindruck in der Öffentlichkeit durch die ungezügelten scharfen Angriffe des preußischen Ministers des Innern und anderer hoher Beamter gegen die Reichsregierung.

Die notwendige vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Reichsregierung und Landesregierung ist durch dieses Auftreten unmöglich gemacht worden. Unter diesen unerträglichen Umständen ist die vorübergehende Zusammenfassung der Machtmittel des Reichs und Preußens in der Hand des Reichskanzlers als Reichskommissar für Preußen der einzige Weg zur raschen Befriedung des größten deutschen Landes.

Es besteht der begründete

Verdacht, daß hohe preußische Dienststellen in Berlin und an anderen wichtigen Punkten nicht mehr die innere Unabhängigkeit besitzen, die zur Erfüllung ihrer Aufgabe notwendig ist.

Dadurch ist in weiten Kreisen der Behörden, der Exekutivbeamten sowie der Bevölkerung die staatliche Autorität erschüttert. Verstärkt ist dieser Eindruck in der Öffentlichkeit durch die ungezügelten scharfen Angriffe des preußischen Ministers des Innern und anderer hoher Beamter gegen die Reichsregierung.

Die notwendige vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Reichsregierung und Landesregierung ist durch dieses Auftreten unmöglich gemacht worden. Unter diesen unerträglichen Umständen ist die vorübergehende Zusammenfassung der Machtmittel des Reichs und Preußens in der Hand des Reichskanzlers als Reichskommissar für Preußen der einzige Weg zur raschen Befriedung des größten deutschen Landes.

Es besteht der begründete

Verdacht, daß hohe preußische Dienststellen in Berlin und an anderen wichtigen Punkten nicht mehr die innere Unabhängigkeit besitzen, die zur Erfüllung ihrer Aufgabe notwendig ist.

Dadurch ist in weiten Kreisen der Behörden, der Exekutivbeamten sowie der Bevölkerung die staatliche Autorität erschüttert. Verstärkt ist dieser Eindruck in der Öffentlichkeit durch die ungezügelten scharfen Angriffe des preußischen Ministers des Innern und anderer hoher Beamter gegen die Reichsregierung.

Die notwendige vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Reichsregierung und Landesregierung ist durch dieses Auftreten unmöglich gemacht worden. Unter diesen unerträglichen Umständen ist die vorübergehende Zusammenfassung der Machtmittel des Reichs und Preußens in der Hand des Reichskanzlers als Reichskommissar für Preußen der einzige Weg zur raschen Befriedung des größten deutschen Landes.

Es besteht der begründete

Verdacht, daß hohe preußische Dienststellen in Berlin und an anderen wichtigen Punkten nicht mehr die innere Unabhängigkeit besitzen, die zur Erfüllung ihrer Aufgabe notwendig ist.

Dadurch ist in weiten Kreisen der Behörden, der Exekutivbeamten sowie der Bevölkerung die staatliche Autorität erschüttert. Verstärkt ist dieser Eindruck in der Öffentlichkeit durch die ungezügelten scharfen Angriffe des preußischen Ministers des Innern und anderer hoher Beamter gegen die Reichsregierung.

Die notwendige vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Reichsregierung und Landesregierung ist durch dieses Auftreten unmöglich gemacht worden. Unter diesen unerträglichen Umständen ist die vorübergehende Zusammenfassung der Machtmittel des Reichs und Preußens in der Hand des Reichskanzlers als Reichskommissar für Preußen der einzige Weg zur raschen Befriedung des größten deutschen Landes.

Es besteht der begründete

Verdacht, daß hohe preußische Dienststellen in Berlin und an anderen wichtigen Punkten nicht mehr die innere Unabhängigkeit besitzen, die zur Erfüllung ihrer Aufgabe notwendig ist.

Dadurch ist in weiten Kreisen der Behörden, der Exekutivbeamten sowie der Bevölkerung die staatliche Autorität erschüttert. Verstärkt ist dieser Eindruck in der Öffentlichkeit durch die ungezügelten scharfen Angriffe des preußischen Ministers des Innern und anderer hoher Beamter gegen die Reichsregierung.

Die notwendige vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Reichsregierung und Landesregierung ist durch dieses Auftreten unmöglich gemacht worden. Unter diesen unerträglichen Umständen ist die vorübergehende Zusammenfassung der Machtmittel des Reichs und Preußens in der Hand des Reichskanzlers als Reichskommissar für Preußen der einzige Weg zur raschen Befriedung des größten deutschen Landes.

Wer ist Bracht?

Franz Bracht, Oberbürgermeister von Essen, ist am 23. November 1877 in Berlin geboren. Er wurde Jurist und war Ende 1909 als Staatsanwalt in Essen tätig, wurde dann Oberstaatsanwalt und 1911 Regierungsrat im Reichsoberverwaltungsamt, 1919 Ministerialdirektor im preussischen Ministerium für Volkswohlfahrt. Bei der Bildung des Kabinetts Marx Anfang Dezember 1923 wurde er zum Staatssekretär und Chef der Reichskanzlei ernannt, obwohl er bis dahin politisch nicht hervorgetreten war. Er galt als ein Freund Adam Stegerwalds und bezeichnete sich, als er gegen Ende des Jahres 1924 mit Leitern der Stadt Essen wegen Übernahme des Oberbürgermeisteramtes an Stelle von Dr. Luther verhandelte, als dem Zentrum nahestehend. Seit Mitte Dezember 1924



ist er Oberbürgermeister von Essen. Er ist mit dem deutschnationalen Reichstagsabgeordneten Professor Martin Spahn verheiratet.

Der Essener Oberbürgermeister Bracht gehört zu jenen Politikern, die weit rechts vom Zentrum stehen, dennoch aber politische Beziehungen zur Zentrumspartei unterhalten. Bracht bezeichnet sich selbst als dem Zentrum nahestehend, er wird jedoch im rheinischen Zentrumskreis als ein sehr unsicherer Reaktionist betrachtet. Ein führender rheinischer Zentrumspolitiker charakterisierte ihn mit den Worten: „Ein gefährlicher Mensch.“

Bracht unterhält enge Beziehungen zur Schwerindustrie, vor allem zu dem engsten Kreise Hugenburgs, der in Essen sitzt.

In der letzten Zeit hat sich Bracht immer mehr nach rechts entwickelt. Seit Monaten halten die Nationalsozialisten ihm gegenüber Burgen. Unser Essener Parteiblatt hat ihm seine Rechtschwendung wiederholt öffentlich vorgeworfen.

Ministerschub in Rom.

Auch Grandi abgefägt.

Rom, 20. Juli.

Die „Agenzia Stefani“ meldet: Der König hat den Rücktritt des Außenministers Grandi, des Finanzministers Mosconi, des Justizministers Rocca, des Erziehungsministers Giuliano und des Korporationsministers Bottai entgegengenommen. Er ernannte zum Minister für auswärtige Angelegenheiten und Korporationen den Regierungschef, zum Justizminister den Abgeordneten und Rektor der Universität Rom, Prof. de Francisci, zum Finanzminister den Abg. Guido Jung und zum Erziehungsminister den Abgeordneten und Rektor der Universität Palermo, Prof. Croce.

Eben noch haben Grandi und Mosconi, die Vertreter Italiens, in Lausanne das große Wort geführt — kaum nach Rom zurückgekehrt, werden sie Knall und Fall davon gejagt. Mussolini übernimmt das Außenministerium. Der Grund dieses putzartigen Ministerschubs ist ebenso unbekannt wie für die Entsetzung des Justiz- und des Korporationsministers durch neue Leute. Da ein innerpolitischer Systemwechsel nicht anzunehmen ist, bleibt nur die Vermutung übrig, daß die abgesetzten Minister sich irgendwie die Gunst des Duce verschert haben.

Japan befiehlt chinesisches Gebiet.

Bombenabwürfe zur Rettung eines Unterhändlers.

Peking, 20. Juli. (Amtlich.)

In der Nacht auf den 18. Juli haben japanische Truppen aus der Richtung Kinschu einen Vorstoß gegen chinesische Regierungstruppen in der Provinz Jehol gemacht und nach längeren Kämpfen die Stadt Tschouang besetzt. Japanische Geleitschwader haben die Stadt Tschouang mit Bomben beworfen. Marschall Tschanghsuehsiang hat den chinesischen Regierungstruppen befohlen, sich gegen den japanischen Einmarsch zu verteidigen.

Mulden, 20. Juli.

Das japanische Oberkommando teilt mit, daß der Einmarsch der japanischen Truppen in die Provinz Jehol auf Befehl des japanischen Oberkommandierenden General Honjo erfolgt ist. Honjo ist um das Leben des Agenten des japanischen Generalstabes, Ichimoto, sehr besorgt, der im Auftrage der mandchurischen Regierung mit der Provinzregierung über das Opiummonopol verhandeln sollte. Ichimoto wurde von Aufständischen trotz Zusicherung der Provinzbehörden, daß ihm nichts geschehen würde, verhaftet und mit der Todesstrafe bedroht. Die japanische Strafexpedition verfolgt nur das Ziel, den verhafteten Agenten zu befreien.

Anhalt.

Freyberg „gestaltet“ und verbietet.

Deßau, 20. Juli. (Eigenbericht.)

Die anhaltische Nazi-Regierung hat es nicht gemagt, die für den heutigen Mittwochabend in Deßau einberufene öffentliche Wahlkundgebung der Eisernen Front wieder zu verbieten, nachdem ihr wohl klar geworden ist, daß sie mit ihrem bisherigen Wahlterror die Voraussetzungen zu einer Anfechtung der Wahl schafft. Aber sie hat die Erlaubnis des Statistikers der Kundgebung — in der Genosse Landsberg-Berlin spricht — an die Auflage geknüpft, daß der Abg. Genosse Seger die Verlammlung nicht leisten darf, obwohl er Parteimitglied ist! Daß diese Schikane die den Nazi-Abhängigen genau entgegengesetzte Wirkung hat, liegt auf der Hand.

Film-Nazis — Nazi-Filme

Die Filmproduzenten machen in Patriotismus

Merorts knallen Pistolenschüsse, geht es Krugel und Messerstücke — das ist „das Erwachen des neuen Deutschlands“. Sein „geistiger und kultureller“ Niederschlag? — Die Filmindustrie, ein Kunstgewerbe, ein Rodenbetrieb, stets rasch und gewandt wie ein Schaulustbetriebsrat in der Beantwortung der Frage, was gewünscht sei, stets instinktvoll, was Geschmack und Bedürfnis ihrer Kundenschaft betrifft, beginnt ihre Jähne nach dem Wind zu drehen in der Bohrung einer neuen Konjunkturmelle. Ob Kriegs- und Pazifistenfilme — ob frisch-fromm-fröhliche Militärschwänke — gleichviel — wo Hunderttausende riskiert und Millionen verdient werden wollen, spielt Gesinnung keine Rolle.

Die Herren in den Büros der Friedrichstraße scheinen wenig Vertrauen zum Bestand der demokratischen Republik zu haben. Noch besteht sie und wird auch weiterhin bestehen, aber die Industrieleiter des Films, gewöhnt an Kulissenkannal und rasch erliegend jedem Bluff, disponieren als vorsichtige Kapitalisten vor und — wie immer daneben. Sie reden uns ein, dem Geschmack des Publikums zu dienen, in Wahrheit aber diktieren sie den Geschmack des Publikums. Das Theater ist an diesen Methoden pleite gegangen, der Film wird bald ebenso weit sein, denn die Masse des Publikums läßt sich nicht diktieren, vor allem aber läßt sie sich von der Leinwand her keine Parteigesinnung aufdrängen, die sie ablehnt. Die Liebäugeln mit dem vor-kriegszeitlichen Militarismus hat sie noch als eine harmlose Reaktionserscheinung teils belustigt, teils gelangweilt aufgenommen. Schüchternen Versuche durch oberlehrerhaften Geschichtsunterricht das „Gemissen der Nation zu rühren“, haben die Grenze des Erträglichen erreicht. Was aber jetzt die deutsche Filmproduktion ankündigt, überschreitet bereits diese Grenze und muß den Protest aller Kreise herausfordern, die am Fortbestand des Films in seiner reinsten und unabweisbarsten Bestimmung interessiert sind.

„Der Todesritt von Mars-la-Tour“, großer vaterländischer Film, als der er in den Fachblättern angekündigt wird — „Deutschland du kannst nicht untergehen!“ — „Lannenberg“ — „Marshall Bormarts“ — „Die elf Schillischen Offiziere“ — „Michel, mach auf!“ — Das droht uns für die nächste Spielzeit. Es sind dies aber bestimmt noch nicht alle „großen vaterländischen Filme“, die auf uns losgelassen werden, vielmehr läßt es sich voraussagen, daß diese den bescheidenen Anfang einer neuen großen Serie darstellen. Dabei handelt es sich aber bei diesen angekündigten Filmen keineswegs nur um Firmen wie die Ufa, deren Mittel aus dem Kassenbestand des Hugenberg-Konzerns stammen, nein, sondern um Firmen, die allen Grund und Ursache hätten, nicht mit denjenigen Wölfen zu heulen, von denen sie zweifelsohne aufgefressen werden, auch wenn sie sie jetzt füttern. Daß sie dieser Gefahr nicht entgehen, zeigen

sehr eindeutig die Angriffe gegen sie in der nationalsozialistischen Filmfachzeitung „Der Deutsche Film“. Die Nazis sind mit der klinker vaterländischen Tendenz der Friedrichstädter Filmproduktion ganz und gar nicht einig, sondern antworten auf die nationalsozialistischen Bestrebungen der Herren Produzenten sehr unerwartet grob. So schreiben sie in der Nummer vom 15. Juli der obengenannten Fachzeitung über Rudolf Meinert, den Regisseur der „Elf Schillischen Offiziere“ u. a.: „Derfelde Meinert kümmert sich nun plötzlich sehr um die „deutsche Geschichte“ und die „deutsche Belange“ — aber nur aus dem Grunde, weil sie ein Geschäft sind und er mit „Rosenmontag“ und der stummen Falschung der „Elf Schillischen Offiziere“ ein Geschäft gemacht hat. An anderer Stelle äußert sich das Filmorgan der NSDAP über die neugegründete „Deutsche Spielfilm G. m. b. H.“, die aus der „Resco“, der Firma, die voriges Jahr den pazifistischen Film „Niemandesland“ herstellte, hervorgegangen ist und jetzt unter neuer Firmenflagge den „Michel, mach auf!“ ankündigt, folgendermaßen: „Deutsche Spielfilm G. m. b. H.“, ausgerechnet nennt sich eine Film-Produktionsfirma, deren künstlerischer Leiter der zur Genüge allen Berlinern bekannte Dr. (Dr.?) Karl Bilzmann ist. . . . Ja wir werden es diesen Herren vermasseln! Ob der Herr Reichsinnenminister laut der neuen Filmkontingentbestimmungen diesen Herren Ausnahmerechte zubilligt? Und wenn gar im Leitartikel derselben Nummer u. a. gesagt wird — „und jetzt eine Flut von ernstlichen Militärragädien mit nationalem Einschlag, damit die bösen Nazis sehen sollen, wir können auch so — päh — und nehmen auch eure Puppenlappen weg!“ — dann ist der Höhepunkt der Undankbarkeit gegen die Herren Produzenten, die den Nazis die Hand zum Bunde reichen wollten, erreicht.

Diese Blütenlese aus dem nationalsozialistischen Filmfachorgan stellt natürlich nicht, wie auch kaum anzunehmen wäre, eine Ablehnung des „vaterländischen“ Films dar, sondern bedeutet lediglich eine scharfe Kampfanlage gegen die Konkurrenz. Die Nazis wollen selbst ihre Filme herstellen, „aus eigenen Kapitalien“, und selbst damit das Geschäft machen. Und das sollen sie auch. Die anderen aber seien vor ihrem übereifrigen Entgegenkommen in Zukunft gemarnt. Wir aber, denen der Kunst- und Gesinnungsbetrieb in der Berliner Filmstadt längst zum Halbe heraushängt, wir sollten uns endlich darauf besinnen, daß gerade der Film für uns ein nicht zu entbehrendes Machtmittel im Kampfe um unsere soziale und künstlerische Weltanschauung bedeuten kann. Der aus unleren Kreisen längst und immer wieder angeregte Vorschlag, eine Organisation der Filmbesucher zu schaffen, die es ermöglichen würde, auch die Filmproduktion zu beeinflussen, verdient neuerlich größte Beachtung. Sie müßte zu dem notwendig starken Gegengewicht gegen Film-Nazis und Nazi-Film ausgebaut werden. Das ist eine bedeutungsvolle Forderung im Kulturkampf gegen die Reaktion. F. L.

„Schuß im Morgengrauen“

U. Kurfürstendamm

Die Ufa zeigt die ersten Proben ihrer neuen Produktion. Stehen sie schon unter dem Einfluß des neuen Programms, das der Produktionschef Correll auf der Ufa-Tagung eben entwickelte? Herr Correll sprach davon, daß man jetzt Filme produzieren müsse, in denen nicht einfach ein ablenkender, heiterer Vorgang gezeigt wird, sondern Menschen vorgeführt würden, die politische und klare Ziele verfolgen, die national oder in rein menschlicher Form um ein Ziel innerlich ringen. Man versteht ohne weiteres, wozu die Reihe gehen soll. Die Ufa will noch mehr wie bisher die nationale Welle ihrem Geschäftsbetrieb dienstbar machen. Aber wie die ersten Proben der neuen Produktion beweisen, wird man auch mit den ablenkenden und heiteren Filmen ruhig fortfahren wie bisher. Denn Geschäft ist Geschäft, und der nationale Film allein kann die Filmbedürfnisse nicht befriedigen.

Der „Schuß im Morgengrauen“ ist ein Kriminalreißer gewohnter Art. Die Amerikaner haben das Vorbild geliefert, und die 3 T. dramatisierten Romane von Wallace haben die Form entwickelt. Freilich die Detektivstücke von Wallace sind spannender, sie verstehen es besser, den Zuschauer auf falsche Spuren zu lenken und dadurch das überraschende Moment zu feignern. Die Amerikaner aber verstehen sich besser auf den Schleichtrüffel. Trotzdem ist der Film von Alfred Zeisler, dem wir bereits den „Schuß im Tomfahnen“ verdanken, an sich keine schlechte Arbeit. Auch die Textlieferanten haben sich mehr zusammengenommen. Anfangs ist der Film bedrückt mit einer wenig übersichtlichen, verwirrend verzweigten Handlung, aber zum Schluß holt er auf. Nach Wahrscheinlichkeit darf man nicht allzu sehr fragen. Dieser Kampf zwischen dem mit Dieben arbeitenden Juwelenhändler und seinem meuternden Komplizen, die ihn schließlich erschließen, und der Polizei spielt wohl in Berlin und Umgegend, aber er hat gar nichts Berlinerisches. Er stammt von der amerikanisch-englischen Walze. Nur in der Besetzung kommt der Lokalcharakter mehr zum Ausdruck. Es wird eine ganze Serie von Gentlemanverbrechern eingeleitet mit lauter erstklassigen Darstellern: Heinz Saliner, vor allem aber Theodor Löss, Fritz Odemar. Die humoristische Note repräsentiert Peter Lorre, auf der Gegenseite der Polizei steht in erster Linie Karl Ludwig Diehl, als Kriminalkommissar vorzüglich in Form und gleichzeitig als Liebhaber verwendet. Daneben Herbert Sperlmanns, ein richtiger Berliner Typ, als Privatdetektiv bemüht sich Kurt Festermann, eine sehr ulkige Rubel. Die weibliche Hauptrolle wird von einem Filmneuling Ery Bos gut ausgefüllt, ohne daß die unbedeutende Rolle größere Ansprüche stelle.

Voraus ging der Kurzfilm „Der falsche Tenor“, eine atmohidde, umständliche und ganz unfilmische Angelegenheit, bei der das einzige Erfreuliche der gute Gesang von Franz Baumann ist.

75 Millionen Jahre in Glaskästen.

Der Rüdorsdorfer Kalk als Museumsobjekt.

Die Rüdorsdorfer Kalkberge haben eine reiche und seltene Tier- und Pflanzenwelt, das weiß jeder aufmerksame Berliner Zuschauer. Die Rüdorsdorfer Kalkberge sind aber auch interessante Berichterstatter unserer Erdgeschichte. Die Bergleute von Rüdorsdorf, die in harten Arbeitstagen in die Schichten der Erde eindringen, stoßen zuerst auf die Eiszeit, die ungefähr eine halbe Million Jahre dauerte. Dann kommen sie aufs Tertiar, das 5 oder 10 Millionen Jahre Erdoberfläche war, darauf bringen sie in die Kreide ein, die 20 bis 30 Millionen Jahre das Antlitz der Erde formte, um alsdann auf die Formation der Jura zu stoßen, die ebenfalls eine Dauer von 30 bis 40 Millionen Jahre hatte. Diese beachtenswerte Entdeckungsreise in die Erde zeigt im Museum für Naturkunde, Invalidenstrasse, eine kostenfreie zu besichtigende Sonderausstellung, die Prof. Salger zusammenstellte.

Sie zeigt die Schichtenfolge der Rüdorsdorfer Gesteine, die Entstehung des heutigen Lagerungsverhältnisses und das deutsche Triasmeer, wie es sich räumlich ausdehnte und welche Lebewesen in ihm und an seinen Küsten wohnten. In den Rüdorsdorfer Kalkschichten tritt die Triasformation zutage, wie es in Deutschland sonst nur in Thüringen und Schwaben vorkommt. Das deutsche Triasmeer hat uns zahlreiche Reste seines Lebens in seinen Strömen hinterlassen. Eine Wuschel derselben Gattung lebt noch heute, der jetzt unter Natursehend stehende Borsapp kommt schon damals vor, aber als Baum. Die Triaszeit hatte Vurdachsche, deren geschlossenes Schädeldach es ihnen vorzüglich ermöglichte, sich im Schlamm einzumüllen. Es gab Kriechtiere, Schildkröten und die ersten Säugetiere tauchen mit dem Trias auf.

Diese lehrreiche Erdgeschichte hat auch ihre wirtschaftliche Seite. Schaumkalk wurde von jeher für Kalkbrennerien verwendet. Seit Aufkommen der Zementindustrie verdrängt man auch Wellenkalk. (Die Entstehung des Wellenkalks wird einem am ersten klar, wenn man sich die Wellenjurche eines Wattenmeeres vergegenwärtigt.) Der Wuschellalk wird gleichfalls zur Kalkgewinnung gebraucht. Aus der ältesten Schicht, dem Rot, wurde früher Gips gewonnen, jetzt jedoch gebraucht man sie zur Herstellung von Zementkalken.

Die Geologie, die ein sehr großes und schwieriges Wissensgebiet umfaßt, wird in deutschen Volksschulen nicht gelehrt. Dennoch ist das Laieninteresse dafür sehr reg, und geologische Vorträge, die im Museum gehalten werden, sind immer überfüllt. So wird auch diese neue Ausstellung weite Kreise interessieren. e. h.

Arbeiter-Radio-Bund gegen Rundfunkdiktatur.

Der Bundesvorstand des Arbeiter-Radiobundes erhebt scharfsten Protest gegen jeden Versuch, den Rundfunk zu einem Instrument einseitiger Parteidiktatur herabzumwürdigen. Der Rundfunk hat den Interessen der Volksgemeinschaft, nicht einer Partei oder Parteirichtung zu dienen.

Die Durchführung der durch die Presse bekanntgemachten Rundfunkpläne der Reichsregierung würde nicht nur bei Millionen von Rundfunkhörern berechtigten Unwillen auslösen, sondern vor allem auch in weitesten Kreisen der am Rundfunk interessierten werktätigen Bevölkerung als politische Vergewaltigung empfunden werden. Als Anwalt der Interessensvertretung werktätiger Rundfunkhörer kündigt der Vorstand des ARB schon jetzt dem Versuch der Vernichtung des Rundfunkrechts beitragspflichtiger Rundfunkhörer Kampf mit allen Mitteln an.

Die Gestaltung des Rundfunks als Kulturmittler hohen Ranges kann nicht allein Sache weniger Amtstellen sein. Mehr denn je besteht in Deutschland die Notwendigkeit, alle Volksschichten durch aktive Mitarbeit an dem Ausbau des Volkstheaters zu beteiligen. Auch der Rundfunk hat diesem Ziel zu dienen. Wir lehnen daher die angelegte Entpolitisierung des Rundfunks, die nur zu einseitiger Parteiherrschaft wird, ab und fordern, daß der Rundfunk zum lebendigen Ideenaustausch — unbeschadet der Parteirichtung und der Weltanschauung — aller im Rundfunk Mitwirkenden wird. Als einzige Voraussetzung zu ihrer Betätigung hat neben dem Rahmenwöchlicher Eignung lediglich die Wahrung des persönlichen Anstandes und Achtung vor der gegnerischen Weltanschauung zu gelten.

Eine Freiluftbibliothek. Eine glückliche Neueinrichtung ist in einem schattigen Winkel des Parks der Villa Borghese zu Rom geschaffen worden. Hier hat man nämlich unter den Bäumen einen Holzpavillon errichtet, in dem sich etwa 1000 Bücher befinden. Jeder kann hier sich ein Buch entleihen und es in den Gärten mitnehmen, um es behaglich auf einer der hequemen Bänke zu lesen. Die Verwaltung hat diese Freiluftbücherei eröffnet, um den Einwohnern Roms Gelegenheit zu bieten, den Aufenthalt im Freien möglichst nutzbringend zu verwenden. Andere solcher Freiluftbüchereien sollen folgen.

Die Mordaffäre Bierhut

Verschwundene Sparkassenbücher — Unbekannte Schlüssel

Die Mordkommission Quos-Dr. Schambacher ist mit einem großen Beamtenstab mit der Auffindung des rätselhaften Geschehens in der Schönhauser Allee 27 beschäftigt. Da die alle Witwe Ziem noch nicht aus der Sommerfrische zurückgekehrt ist, läßt sich noch nicht sagen, was aus der Wohnung geraubt ist. Die Mordkommission ist aber bereits einen wesentlichen Schritt in ihrer Untersuchung vorwärts gekommen. Es begann gestern noch die Vernehmung des Invaliden Hermann Bierhut, des Ehemannes des Toten.

Hermann B. behauptet, daß seine Frau ihm untreu gewesen sei und daß aus diesem Grunde die Scheidungsfrage eingeleitet worden war. Durch Gerichtsbeschuß war ihm aufgegeben worden, einen Teil seiner Invalidentante an die Frau abzuführen. Am 13. August sollte Termin sein. Frau B. soll nun vor einiger Zeit erklärt haben, daß, wenn ihr Mann mit der Scheidung durchkäme und sie dadurch die finanzielle Unterstützung verlieren würde, sie sich das Leben nehmen werde. Der Mann behauptet, daß sich seine Frau zu diesem Zwecke bereits Gift besorgt habe. Da bis zum Scheidungstermin immerhin noch über drei Wochen Zeit ist, ist es kaum anzunehmen, daß Frau Bierhut bereits jetzt schon Selbstmord

begangen haben sollte. Die Obduktion wird außerdem darüber Klarheit verschaffen. Es war dann die Rede von drei Sparkassenbüchern, die die Tote gehabt hatte. Alle drei sind spurlos verschwunden. Es handelt sich dabei um Bücher, die die Frau teils unter ihrem Mädchennamen Margarete Bugis, teils unter dem Namen Bierhut angelegt hatte. Der Ehemann kann sich noch erinnern, daß seine Frau noch von dem dritten Buch gesprochen hat. Die Nachforschungen haben demzufolge auch bei der Sparkasse eingeleitet.

Es war für die Kriminalbeamten wichtig, die Wohnungsschlüssel zu finden. Sie wurden aber nicht entdeckt, vielmehr fand man einen Bund, an dem sich drei Sicherheitsschlüssel befanden, die nicht in die Ziemsche Wohnung gehören. Die Herkunft dieser Schlüssel liegt noch völlig im Dunkeln. Aus verschiedenen Umständen läßt sich schließen, daß der Tod der Frau B. noch Freitag, dem 15. Juli eingetreten sein muß. Man versuchte gestern noch im Schauhause Klarheit über die Todesursache zu bekommen. Die Tote ist aber schon so stark verwest, daß erst die offizielle Obduktion ergeben kann, ob die Frau ermüdet, niedergeschlagen oder erschossen wurde oder ob sie eventuell Selbstmord begangen hat.

zuführen, ob die heutige deutsche Geldpolitik richtig sei oder nicht. Das könne aber nur Aufgabe eines volkswirtschaftlichen Ausschusses sein. Die Entscheidung der Frage sei aber auch für die Beurteilung der Tat der Angeklagten belanglos. Zur Würdigung ihrer Tat genüge allein die Anerkennung, daß sie eben der Meinung gewesen seien, die Geldpolitik des Reichsbankpräsidenten wäre verderblich. Der Nebenkläger schließt sich dem ablehnenden Standpunkt des Oberstaatsanwalts an.

Bevor das Gericht sich zur Beratung zurückzieht, kommt noch ein psychologisch äußerst interessantes Dokument zur Verlesung. Dr. Krollen hat in den letzten vier Wochen vor der Tat fast Tag für Tag Niederschriften gemacht, aus denen hervorgeht, wie er sich allmählich in den Zwang hineingeeigt hat, das Attentat auf Luther begehen zu müssen. Er setzt sich selbst auseinander mit seinen moralischen Bedenken gegen die Tat und gelangt schließlich zu dem Ergebnis, daß auf andere Weise eine Alarmierung der Öffentlichkeit und die Rettung Deutschlands nicht möglich sei. „Morgen geschieht die Tat.“ so schließt er seine Niederschrift. Man hat es hier ungewissheit mit einem schwer psychopathischen Fanatiker zu tun.

Furchtbarer Tod eines Neunjährigen.

In der Straßauer Allee, unmittelbar am Osthafen, ereignete sich heute vormittag ein entsetzlicher Unglücksfall. Beim Ueberqueren des Bahndammes wurde der 9 Jahre alte Rudolf Kädel aus der Straßauer Allee 17 von einem Traktor erfasst und überfahren. Die Räder des viele Zentner schweren Fahrzeuges gingen so unglücklich über das Kind hinweg, daß ihm der Kopf vom Rumpf getrennt wurde.

Großfeuer in der Schwarzkopffstraße.

Durch ein Großfeuer wurde heute vormittag fast der gesamte Dachstuhl des Hauses Schwarzkopffstraße 5 im Norden Berlins eingestürzt. Drei Löschzüge der Feuerwehr waren stundenlang mit den Lösch- und Aufräumungsarbeiten an der Brandstelle beschäftigt. Zur Bekämpfung des Großfeuers wurden vier Schlauchleitungen, mehrere Rauchschutzhelme und eine mechanische Leiter eingesetzt. Die Ursache des Brandes ist noch ungeklärt.

Die Toten von Langensfelde.

Kommunistische Hehe gegen Sozialdemokratie.

Hanau, 19. Juli. (Eigenbericht.)

Die fünf Todesopfer der kommunistischen Unruhen in dem kleinen Arbeiterstädtchen Langensfelde werden von der kommunistischen Presse zu einer neuen Hehe gegen die Sozialdemokratie benutzt. Vor allem wird der sozialdemokratische Landrat von Hanau vollkommen zu Unrecht mit den Vorgängen in Langensfelde in Verbindung gebracht. Der Polizeiwachmeister, der als „Hauptschuldiger“ des Blutvergießens in der Erwerbslosenversammlung von den Kommunisten angegriffen wird, ist kommunalbeamter der kommunistischen Gemeinde Langensfelde. Oberster Polizeibeamter ist der augenblicklich beurlaubte Bürgermeister, dessen Stellvertreter der kommunistische Beigeordnete Dreßler ist. Ueberdies sind die Zusammenstöße mit der Polizei von den Kommunisten mutwillig provoziert worden. Die Polizeibeamten haben erst geschossen, nachdem sie selbst schwer verletzt waren und in höchster Lebensgefahr schwebten.

Rundfunk am Abend

Mittwoch, den 20. Juli

Berlin: 16.05 Marga v. Etdorf berichtet über ihren Asienflug. 16.30 Nationaltänze (Schallpl.). 17.30 Das Segelfliegerdorf Hirzenhain (W. Kleffel). 17.50 Berliner Geschichten (S. Kracauer, M. Bing). 18.20 Viertelstunde Technik (Ing. J. Boehner). 18.35 Das Pseudonym (Dr. M. Jacobs). 18.55 Die Funkstunde teilt mit. 19.00 Zu Max Liebermanns 85. Geburtstag (Geheimrat Prof. Dr. W. Wätzoldt). 19.10 Klaviermusik. 19.35 Sind Stadt und Land aufeinander angewiesen? (G. Schmidt, M. d. R. Vors. des Deutschen Landarbeiterversandes). 20.00 Tanzabend. 22.00 Wetter-, Tages- und Sportnachrichten. Abendunterhaltung. Königs wusterhausen: 16.00 Querschnitt durch Zeitschriften (Dr. H. Traub). 16.30 Aus Hamburg: Nachmittagskonzert. 17.30 Streifzüge durch das Bürgerliche Gesetzbuch (Landgerichtsdirektor Dr. Lehmann). 18.00 Das Orchester und seine Instrumente (R. Hornried und Mitwirk.). 18.30 Radioaktivität, ihre Bedeutung für die Forschung (Dr. L. Lorenz). 18.55 Wetterbericht. 18.55 Kann uns eine Autarkie aus der Krise führen? (Prof. Dr. W. Röpke). 19.35 Aus Leipzig: „An der Saale hellem Strande“ (Hörfolge). 20.35 Aus Leipzig: Militärkonzert. Sonst: Berliner Programm. Vollständiges Europa-Programm im „Volksfunk“, monatl. 96 Pf. durch alle „Vorwärts“-Böten oder die Postanstalten.

Wetter für Berlin: Weiterhin kühl mit mäßigen westlichen Winden, wolfig, ohne nennenswerte Niederschläge. — Für Deutschland: Nirgends wesentliche Änderung des herrschenden Witterungscharakters.

Beamtentitel für die Redaktion: Rich. Bernheim, Berlin; Anzeigen: Ed. Glöck, Berlin; Verlag: Hermann Berlin G. m. b. H., Berlin; Druck: Hermann Berlin G. m. b. H., Berlin; Vertrieb: Hermann Berlin G. m. b. H., Berlin; Postamt: Berlin 58, Postfach 1111.

Flugkatastrophe in den Cordilleren.

Zehn Insassen getötet.

Valparaiso, 20. Juli.

Das Flugzeug „San José“ der Panamerikanischen Luftverkehrs-Gesellschaft, das am Sonnabend auf dem Wege von Santiago de Chile nach Buenos Aires verschollen war, ist in der Nähe der einsam gelegenen chilenischen Farm Santa Rosa im Paso Condado Tal völlig zerstört im Schnee begraben aufgefunden worden. Alle zehn Insassen sind tot. Man nimmt an, daß die Maschine gegen einen Schneesturm in den Cor-

Die Dampferfahrt

des Bezirksverbandes Berlin der SPD. findet am **Sonnabend, dem 23. Juli** wie vorgesehen statt. Abfahrt 13½ Uhr (¼ 2 Uhr) für die Nummern 1—1000 (nicht wie in der heutigen Morgenausgabe irrtümlich angegeben wurde 1—1700) ab Waisenbrücke, für die Nummern 1001—3000 Abfahrt ab Oberbaumbrücke. Karten für Kinder und Erwerbslose gelten sowohl ab Waisenbrücke wie Oberbaumbrücke.

Genossinnen und Genossen sorgt für den restlosen Absatz der Karten, die auch noch im Frauensekretariat zu haben sind. **Das Frauensekretariat.**

differen anzukämpfen hatte, und daß sie von der Last der Eis- und Schneemassen niedergedrückt wurde. Die Maschine dürfte, als der Pilot nach einem geeigneten Landungsplatz suchte, auf den Boden gedrückt und zertrümmert sein.

Dr. Roofsens Geldweisheit.

Sein Memorandum vor dem Anschlag auf Dr. Luther.

Die heutige Sitzung in dem Prozeß der beiden Luther-Attentäter nahm den Gestern von Dr. Roosen und seinem Verteidiger angefügigen Verlauf. Der Gerichtssozial wurde zu einer Art wissenschaftlichem Kolleg über Geldpolitik.

Die von Rechtsanwalt Dr. Riee vorgetragenen Beweisanträge, denen ein von dem Angeklagten Kerkcher zur Sanierung des deutschen Geldwesens ausgearbeiteter Vorschlagsentwurf beigefügt ist, zielen darauf hinaus, einen Beweis dafür zu erbringen, daß nicht nur die Angeklagten, sondern auch eine Reihe führender Persönlichkeiten des deutschen Wirtschaftslebens die Geldpolitik Dr. Luthers und der Reichsbank für den entscheidenden Grund der deutschen Wirtschaftskrise halten. Dieser Umstand soll als Milderungsgrund für die Angeklagten dienen. Die Angeklagten hieß es in der Begründung der beiden Anträge, hätten einen Weg vorgeschlagen, die Währungsmissere in Deutschland aus der Welt zu schaffen. Sie hätten nicht zu dem angewandten Mittel gegriffen, wenn sie vom Reichsbankpräsidenten nicht kurzerhand abgewiesen worden wären. Der Reichsbankpräsident Dr. Luther habe als Finanzminister die deutschen öffentlichen Körperschaften zwar schuldenfrei gemacht, aber die Expropriation der deutschen Rentner bewirkt.

Oberstaatsanwalt Sturm wendet sich entschieden gegen die Beweisanträge der Verteidigung. Sie zielen darauf hinaus, im Gerichtssozial eine Entscheidung darüber herbei-

Die Bewegung in Belgien.

Zeitweise Fortsetzung des Bergarbeiterstreiks.

Mons, 20. Juli.

Der Aktionsausschuß der Bergarbeiter in Borinage hat aus Solidarität mit den Bergarbeitern im Zentrum des Bergbaugebietes beschlossen, den Streik fortzusetzen.

Die Eisener Front.

Sie ist die Einheitsfront der Arbeiterschaft.

Vom Beginn des Jahres ab sind die Unternehmerorganisationen in der Berliner Nahrung- und Genussmittelindustrie vorgestoßen, um Verschlechterungen der mit den Gewerkschaften abgeschlossenen Tarifverträge durchzusetzen. Unter dem ungeheuren Druck der Wirtschaftskrise glaubten Fabrikanten wie Abnehmer ein leichtes Spiel zu haben. Sie machten ihre Rechnung ohne die ungebrochene Schlagkraft der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter-Verbandes. Der Organisation gelang es, wie Genosse Richard Schulz am Dienstagabend auf der Generalsammlung für das erste Quartal berichtete, die Vorzüge der Unternehmer erfolgreich abzuwehren.

Der schwerste Kampf mußte, wie erinnertlich, mit den Berliner Wurst- und Konservenfabrikanten ausgetragen werden. Erst nach mehrwöchigem Streik war es in dieser Verbandsaktion möglich, die abbaumütigen Fabrikanten zurückzuschlagen.

In ähnlicher Weise rannten der Verein der Brauereien Berlins, die Vereinigung der Brotfabrikanten Berlins, die Berliner Fleischerinnung, herunter bis zur Böttcherinnung gegen die geltenden Tarifverträge an. So gut wie überall konnten auch hier die Unternehmer in die Schranken verwiesen werden.

Sehr im Gegensatz zu dieser erfolgreichen Haltung des Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter-Verbandes stimmten die Hirsch-Dumckerlchen bei den Berliner Konditoreien und die Christlichen beim Beamtenwirtschaftsverein empfindlichen Verschlechterungen der bisherigen Lohnsätze zu.

Infolge schwerer Krankheit ist der verdiente Genosse Ludwig Hodapp von der Leitung der Berliner Organisation zurückgetreten. Im Jahre 1896, also vor 37 Jahren, übertrugen die Berliner Brauereigenossen ihrem damals 29jährigen Kollegen Hodapp die Leitung ihrer Berliner Organisation, und von da ab hat Ludwig Hodapp ein ganzes Menschenalter hindurch die Geschäfte der Berliner Brauereiarbeiter zum Besten gelenkt. Nachdem er jetzt zurückgetreten ist, hat der Verbandsvorstand dem Genossen Richard Schulz als ersten Vorsitzenden bestellt, der dem Genossen Hodapp, unter dem Beifall der Delegierten, den Dank für seine Tätigkeit aussprach und ihm einen sonnigen Lebensabend wünschte. Als zweiter Vorsitzende wurde Genosse August Schmitz von der Generalsammlung neu gewählt.

Die Generalsammlung nahm schließlich noch eindeutig Stellung zu dem Einheitsfrontwillen der deutschen Arbeiterschaft. Nach Verlesung des bekannten Schriftwechsels zwischen der SPD. und der Kampfleitung Berlin der Eisernen Front billigten die Funktionäre unter lebhaftem Beifall die Haltung ihrer Spitzenorganisationen, nach der die Eisener Front die Einheitsfront der deutschen Arbeiterschaft ist.

Polnischer Protest in Berlin.

Angeblliche Hoheitsverletzung durch deutsche Marinefahrzeuge

Warschau, 20. Juli.

Wie das Regierungsblatt „Gazeta Polska“ berichtet, hat der polnische Gesandte in Berlin bei der Reichsregierung Protest gegen die Verletzung der polnischen Hoheitsrechte auf der Ostsee durch die deutsche Kriegsmarine eingereicht. Angeblich haben, wie es heißt, sieben mit Maschinengewehren bestückte Motorboote unter deutscher Flagge in polnischen Gewässern im baltischen Bight und zweieinhalb Meilen von Helsinki in den Lehungen veranfaßt.

Die Nacharbeit der Polizei.

Klebefolien und brennende Litzspäulen.

In der letzten Nacht hat sich der erheblich verschärfte polizeiliche Patrouillendienst in Berlin in besonderer Maße ausgewirkt. Nirgends ist es, wie in den vorangegangenen Nächten zu blutigen Zwischenfällen gekommen und dort, wo politische Gegner aufeinandertrafen, war die Polizei jedesmal so schnell zur Stelle, daß ernstere Ausschreitungen verhindert werden konnten.

Verschiedentlich hatten es Nationalsozialisten und Kommunisten auf die Plakate ihrer politischen Gegner an den Berliner Litzspäulen abgesehen. An vier Stellen gingen die Säulen in Flammen auf. Leider ist es in keinem Falle gelungen, die Brandstifter festzunehmen.

SA-Leute waren die Täter!

Zu unseren Mitteilungen im gestrigen „Abend“ über den hinterhältigen Überfall auf den Reichsbannerkammeraden Dr. Bergmann in der Parochialstraße erfahren wir, daß nicht Kommunisten, sondern uniformierte SA-Leute die Wegelagerer waren, die Dr. B. niederschlugen. Zwei der Täter wurden verhaftet und der Abt. I des Polizeipräsidiums übergeben.

Theater, Lichtspiele usw.

PLAZA
Nähe Schles. Hof.
3a, 5. u. 7. Stock, 2. u. 3. Stock
E. T. W. K. 4011
Der ideale Saal

Rose-Theater
Siedl. Frankfurter Straße 137
Tel. Waidm. 2 7 3427
8.30 Uhr

P. Der Vulkan
Gartenbühne
8.30 Uhr
Konzert u. Varietè
Drei arme kleine Müdels

Das Pergung Restaurant Berlins
BETRIEB KEMPINSKI

Wintergarten
4 Uhr 13. Flora 3634. Neuben. Ort.
Wieder 12 neue Attraktionen

Freiheitsfahnen Freiheitsspiele
äußerst preiswert
Berliner Fahnenfabrik
Fischer & Co., Wallstraße 15

Die große Funkillustrierte für das schaffende Volk
VOLKSFUNK
Reich illustrierter Textteil, mit großem Europaprogramm
Erscheint wöchentlich, 48 Seiten stark, in Kupfertiefdruck
VOLKSFUNK
Einzelnummer 25 Pfennig — monatlich 90 Pfennig

Pumpen
jeder Art
beliebig preiswert
Paul Golletz
normalis Robert Meyer
Mariannenstr. 3
F. 4, Oberbaum 1303

Blumenspenden
jeder Art
beliebig preiswert
Paul Golletz
normalis Robert Meyer
Mariannenstr. 3
F. 4, Oberbaum 1303

Schwerhörige
hören sofort wieder
mit dem ärztlich empfohlenen
ORIGINAL-REUSTH-APPARAT
mit neuestem Kleinhörner!
— Noch Besseres gibt es nicht —
Deutsche Akustik-Gesellschaft m. b. H.
Aelteste u. führende Spezialfabrik
Verkauf u. Vorführung:
Berlin-Wilmersdorf, Motzstr. 43
Berlin, Klosterstr. 43
Weinhandl.-Ost, Brunnenstr. 4
Verl. Sie Hauptkatalog 16 kostenlos! Auf Wunsch Zahlungsvereinfachung